

Antrag 16/I/2021

SPD-OV Bovenden, SPD-OV Osterode am Harz, SPD-OV Bomlitz, SPD-OV Salzdettfurth.Mitte, SPD-OV Bodenburg/Breinum/Östrum, SPD-OV Heinde/Lechstedt/Listringen, SPD-OV Groß Dungen, SPD-StV-Bad Salzdettfurth

Der Landesparteitag möge beschließen:

Straßenausbaubeiträge abschaffen!

1 In § 111 Abs. 5 Satz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes wird ein Verbot für die Erhe-
2 bung von Straßenausbaubeiträgen ausgesprochen. Das Land Niedersachsen übernimmt im Rahmen der
3 Konnexität den finanziellen Ausgleich an die Kommunen. Zudem werden die korrelierenden §§ 6b und 6c
4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes gestrichen.

5

6 **Begründung**

7 Das Thema Straßenausbaubeiträge wird in der Öffentlichkeit vermehrt diskutiert und ist seit 2 Jahren ak-
8 tueller als je zuvor. In ganz Niedersachsen haben sich diverse Bürgerinitiativen gegründet, die zu Recht sehr
9 aktiv auf die ungerechte Verteilung der Sanierungskosten hinweisen. Straßen werden von der Allgemein-
10 heit genutzt und sollten deshalb auch durch diese als Teil der Daseinsfürsorge finanziert werden. Die Finan-
11 zierung dieser notwendigen Infrastruktur darf sich nicht auf die an der Straße wohnenden Anlieger*innen
12 beschränken. Sie schaffen und erhalten mit ihren eigenen ersparten finanziellen Mitteln kommunales Ei-
13 gentum.

14 Für Grundstückseigentümer*innen bedeuten die Beiträge eine unverhältnismäßig hohe Belastung, die ge-
15 rade besonders für junge Familien, Rentner*innen, Gering- oder Alleinverdiener*innen kaum zu finanzieren
16 und der Auslöser für erhebliche finanzielle Schwierigkeiten sind. Junge Familien erwerben alte Immobilien,
17 bei denen neben den Kosten für Hauserwerb, Grunderwerbssteuer, Grundsteuer, energetischer Sanierung
18 sowie der notwendigen Renovierung auch noch Straßenausbaubeiträge anfallen können.

19 Die nicht seltenen existenzbedrohenden Beiträge werden von einem sehr großen Teil der Bürger*innen
20 nicht mehr akzeptiert, auch wenn sie aktuell nicht von Zahlungen betroffen sind. Mittlerweile besitzen
21 knapp die Hälfte der Bürger*innen in Deutschland (47,5 %) ein eigenes Wohnhaus. Die Anzahl an Hausbe-
22 sitzern ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Dies ist auch ein Resultat des sozialdemokra-
23 tischen Aufstiegsversprechens und einer entsprechenden Politik. Da das Eigenheim für viele Hausbesitzer
24 oft der einzige Vermögenswert ist, der im Zuge der eigenen Lebensplanung geschaffen worden ist, wer-
25 den die durch die Straßenausbaubeiträge verursachten hohen Zusatzkosten auch für unsere Wähler*innen
26 zunehmend zu einer Gerechtigkeitsfrage, die wir beantworten müssen.

27 Auch Mieter*innen nutzen täglich die Infrastruktur Straße und parken ihre Autos im öffentlichen Raum.
28 Zahlen sollen aber allein Anlieger*innen für Ausbau und Erhalt.

29 Die wiederkehrenden Beiträge sind von vielen Kommunen nicht umsetzbar, da häufig die Voraussetzungen
30 dafür nicht gegeben sind, Rechtsunsicherheit herrscht und sie mit erheblichem Verwaltungsaufwand
31 verbunden sind. Eine Erhöhung der Grundsteuer als Ausgleich für das Wegfallen der Straßenausbaubei-
32 träge birgt rechtliche Risiken. Auch die Möglichkeit von Stundung und Ratenzahlung können die generelle
33 Problematik der starken finanziellen Belastung sowie die Ungerechtigkeit nicht beseitigen.

34 Eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträgssatzung ohne alternative Finanzierung stellt die meisten
35 Kommunen vor erhebliche Probleme. Sie sind kaum in der Lage, den kommunalen Anteil zu gewährleisten,
36 so dass häufig die Infrastruktur Straße in einem schlechten Zustand ist. Die Kommunen müssen in den
37 nächsten Jahren enorme Summen in die Pflichtausgaben Schulen, Kindertagesstätten und -krippen, sowie
38 Feuerwehrhäuser investieren. Durch die Coronapandemie sind die kommunalen Einnahmen gesunken, die
39 Ausgaben aber gestiegen. Schwimmbäder hatten kaum Einnahmen, Kita-Beiträge wurden den Eltern er-
40 lassen, Steuereinnahmen sind weggebrochen.

41 Um den kommunalen Straßenausbau dauerhaft zu gewährleisten, bedarf es langfristiger und verlässlicher

42 Finanzierungsalternativen vom Land Niedersachsen. Die Kommunen dürfen mit ihren vielfältigen Pflicht-
43 aufgaben nicht allein gelassen werden.

44 Es ist ebenfalls darauf zu achten, dass es beim Übergang bestehende/neue Regelung keine Doppelbelas-
45 tung einzelner BürgerInnen gibt.

46 Unterstützung findet diese Forderung der Abschaffung der Beiträge von einer Verbände-Allianz, zu der das
47 Landvolk Niedersachsen, Haus & Grund, Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen und der Ver-
48 band Wohneigentümer Niedersachsen gehören, sowie von unzähligen Bürgerinitiativen im ganzen Land.

49 Die Straßenausbaubeiträge sind bereits in 9 von 16 Bundesländern abgeschafft worden. Im Landkreis Hil-
50 desheim haben von 18 Städten/Gemeinden/Samtgemeinden 10 die Straßenausbaubeitragssatzung abge-
51 schafft, bzw. hatten noch nie eine. Die derzeitige Rechtslage führt in der Praxis zu der Situation, dass fi-
52 nanzstarke Kommunen auf Beiträge verzichten, finanzschwache dazu nicht in der Lage sind und Grund-
53 stückseigentümer*innen weiter belastet werden. Das wird von unseren Genoss*innen als ungerecht und
54 unsolidarisch titulierte.

55 Durch die unterschiedliche Handhabung der Straßenausbaubeiträge in den Bundesländern, lässt sich – mit
56 Blick auf doch erhebliche Kosten für betroffene Bürger*innen – die Frage stellen, ob auf diese Art und Weise
57 die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland gewahrt bleibt.

58

Empfehlung der Antragskommission

Ablehnung